

Der Bund als ständiger Bremsen

Von einer „großen Verwaltungsreform“ versprechen sich politische und mediale Akteure in Wien Wunderdinge, zumindest aber Milliarden-einsparungen. Die Vorschläge, wie sie bewerkstelligt werden soll, bleiben aber meist nebulös.

Aus Tirol und Vorarlberg sind dagegen in der letzten Zeit zwar weniger hochgreifende, dafür umso konkretere Vorschläge gemacht worden: Durch Einbau von Bundesbehörden in die Landesverwaltungen sollen Synergien erzeugt und Doppelgleisigkeiten abgebaut werden, forderte etwa Tirols Landeshauptmann Platter. Die Behördenlandschaft des Bundes ist ja recht vielfältig: Wildbach- und Lawinerverbauung, Bundessozialämter, Landeschulräte, Arbeitsinspektorate... Die Zusammenführung mit den Landesbehörden ergäbe einen Sinn – und würde Kosten sparen.

Vorarlberger Bundesräte haben nun mittels einer parlamentarischen Anfrage die Bereitschaft der verschiedenen Minister zu einer solchen Verwaltungsreform erkundet: Das Ergebnis ist ernüchternd und unterstreicht, wo in der Verwaltungsreform die Blockierer sitzen. Es wird von Bundesseite gemauert, was das Zeug hält: Parallelstrukturen? Keine bekannt!

Den Anfragebeantwortungen von vier Ministern ist gemeinsam, dass der bestehende Zustand als der jeweils bestmögliche dargestellt wird. Und die Minister wollen in den meisten Fällen nicht einmal wissen, welchen Kostenaufwand ihre Apparate bisher verschlingen. Keine Spur einer Vision, wie die Verwaltung weiterentwickelt werden könnte. An diese blockierende Haltung ist immer zu denken, wenn von Bundesseite wieder einmal eine „große Verwaltungsreform“ beschworen wird.

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus in Innsbruck.

